

Antifaschistische Positionen zur Wahl:

Am 22. September wird ein neuer Bundestag gewählt. Wahlen allein garantieren jedoch noch keine bessere Politik. Dafür müssen wir uns in Bürgerinitiativen, sozialen Bewegungen und Aktionen engagieren.

Aber der Verzicht aufs Wählen bringt auch keine Verbesserung. Wer nicht zur Wahl geht, überlässt anderen, wenigen die Entscheidung. Diese bestimmen dann die Zusammensetzung des Parlaments. Sie bringen denen die Regierungsmehrheit, die die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger womöglich gar nicht will.

Deshalb:

Wählen gehen – und in keinem Fall für rechte Kandidaten und Parteien stimmen!

Wir wollen in Frieden und Freiheit leben, wollen soziale Gerechtigkeit, menschenwürdige Lebensverhältnisse und eine gesicherte Zukunft. Jede Art von Nazismus, Rassismus und Militarismus stehen dem entgegen, stellen unser Dasein und unsere Zukunft in Frage. Diese bittere Erfahrung haben Millionen Menschen mit Faschismus und Krieg machen müssen.

Alles, was Nazismus, Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Militarismus beinhaltet oder fördert, muss abgelehnt und überwunden werden.

Wer Neofaschismus, Rassismus und Militarisierung wirklich bekämpfen will,

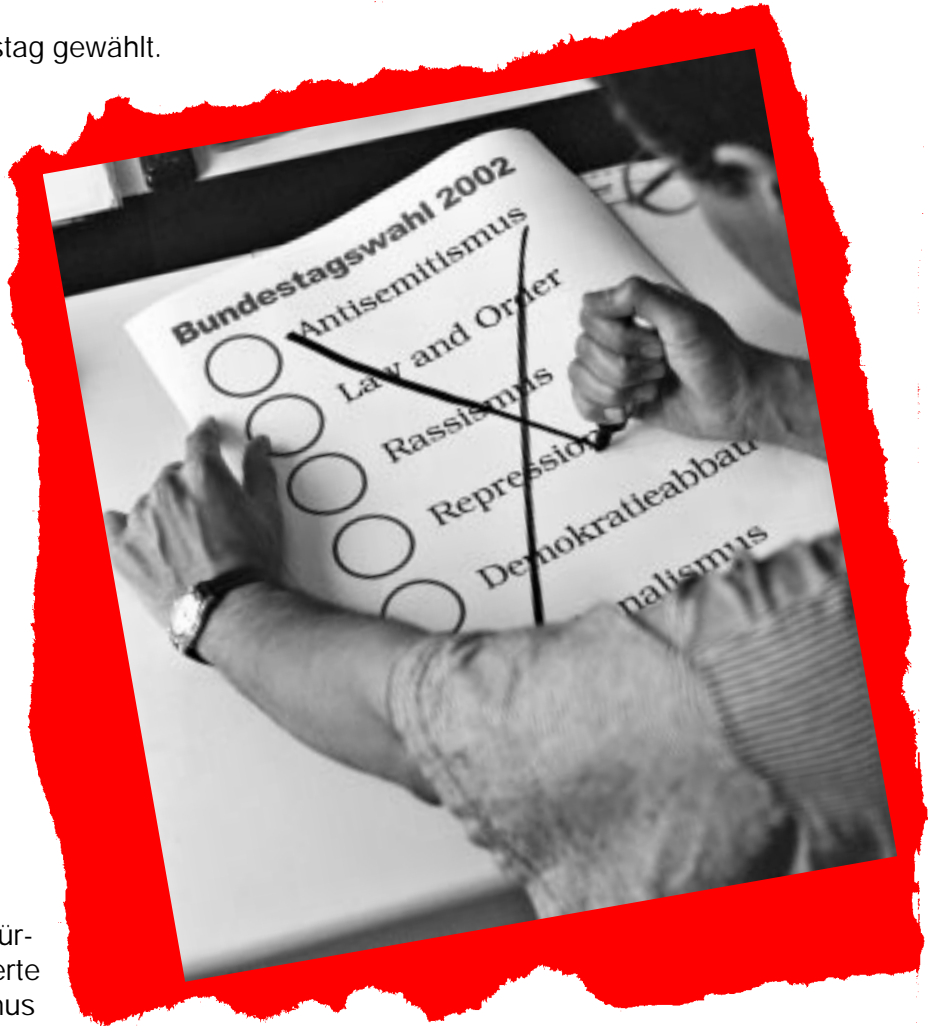
- darf ihnen keine Nahrung geben, muss ihre Wurzeln beseitigen,
- muss Demokratie stärken und ausbauen, darf sie nicht einschränken,
- muss in allen Bereichen für die sozialen und politischen Menschenrechte, für soziale Gerechtigkeit und Sozialstaatlichkeit wirken, Sozialabbau verhindern,
- muss Friedenspolitik und darf keine Kriegspolitik betreiben.

Hemmungsloser Neoliberalismus mit seinen asozialen Folgen vergrößert zugleich den Nährboden für Rechts-extremisten und Rechtspopulisten. Sie stellen Ausländer und andere Minderheiten als die Sündenböcke hin. Aber auch demokratische Politiker versuchen mit solchen Touren Stimmen zu fangen. Es drohen Neuauflagen ausländerfeindlicher Stimmungsmache a la Roland Koch – ungeachtet der Aufforderung des Bundestages, "Wahlkämpfe nicht auf dem Rücken von Minderheiten bzw. Menschen anderer Herkunft zu führen".

Das alles sollte bei der Wahlentscheidung beachtet werden.

Keine Rechten ins Parlament!

VVN / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Rolandstr. 16,
30161 Hannover, www.vvn-bda.de, Tel. 0511-331136,
Fax 0511-3360221, e-mail bundesbuero@vvn-bda.de



Antifaschistische Positionen zur Wahl

Ob NPD, DVU, PRO oder "Republikaner" - Neofaschisten und Rechtsradikale versuchen sich als die Interessenvertreter der so genannten "kleinen Leute" darzustellen. Mit Parolen wie "Gegen System und Kapital" oder "Deutsche Arbeitsplätze für Deutsche" täuschen sie vor, in Opposition zu den bestehenden Verhältnissen zu stehen und Lösungen für die dringendsten sozialen Probleme unserer Gesellschaft zu haben.

Doch was steckt wirklich dahinter?

Schon die Nazis haben "Zinsknechtschaft" und das "raffende Kapital" für Übel in der Weimarer Republik verantwortlich gemacht. Gegen die deutsche Großindustrie haben sie jedoch nie etwas unternommen. Im Gegenteil: Durch das Führer- und Gefolgschaftsprinzip in den Betrieben, das Verbot der Gewerkschaften und Unterdrückung jeglicher Opposition schufen die Nazis optimale Ausbeutungsbedingungen für das deutsche Kapital. Und: Wer nicht parierte, hatte mit den schlimmsten Folgen zu rechnen! Es herrschten blanke Unterdrückung und Terror.

Mit alten Rezepten die aktuellen Probleme lösen?

Auch heute gehen die rechtsradikalen und neofaschistischen Parteien diesen Weg: Die Gewerkschaften, als größte Gegenkraft gegen hemmungslosen Sozialabbau und unternehmerische Willkür am Arbeitsplatz, werden massiv angegriffen. Statt auf die Interessenvertretung der Arbeitnehmer sollen sie auf ein verschwommenes "Allgemeinwohl" verpflichtet werden und den Interessengegensatz von Kapital und Arbeit vernachlässigen. Dagegen haben alle neofaschistischen und rechten Parteien - egal ob NPD, DVU, REP, PRO oder wie sie auch heißen mögen - in ihren Programmen ein Bekenntnis zum "freien Unternehmertum".

Von den Rechten wird die Schuld für fast alle sozialen Probleme den Ausländerinnen und Ausländern zugeschoben. Sie sollen als Sündenböcke für alle gesellschaftlichen Probleme herhalten.

Aber: Alle, die heute überle-

gen, rechte wählen, sollten ren sein, dass mor- der Ausgrenzungs- betroffen sein können:

Parteien zu sich darüber im Klagen sie selbst von politik der Rechten Von Arbeitslosen wird

eine höhere Mobilität erwartet, die Zumutbarkeitsregeln sollen weiter herabgesetzt werden; Empfänger von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sollen zu gemeinnützigen Arbeiten zwangsverpflichtet werden und Frauen sollen weitgehend aus dem Erwerbsleben gedrängt werden.

Auch vor direkter Gewaltanwendung schrecken die Neofaschisten nicht zurück. Immer wieder sind Mitglieder und Funktionäre von NPD, DVU und "Republikanern" an Übergriffen und Anschlägen beteiligt. Die Opfer sind nie die Mächtigen, die Verantwortlichen für massiven Sozial- und Grundrechteabbau, sondern die Schwächsten und Ärmsten der Gesellschaft: Asylsuchende, Obdachlose, Behinderte, sozial Schwache und andere Minderheiten. Was heute ihnen droht, richtet sich morgen auch gegen alle anderen Menschen. Unsere Erfahrungen aus der Nazizeit belegen: Neofaschisten und Rechtsradikale sind die gewalttätigsten Unterdrücker von morgen.

Bei aller berechtigten Empörung über nicht eingehaltene Versprechen, ausgebliebene soziale Gerechtigkeit, Einschränkung demokratischer Rechte, verhängnisvolle Militarisierung und Kriegsbeteiligung, neoliberale Privatisierung und damit verbundenen Sozialabbau, nicht überwundene Massenarbeitslosigkeit : Wählen Sie nicht diejenigen, die mit rechtspopulistischen Sprüchen und mit Sündenbocktheorien von den wirklich Verantwortlichen ablenken und mit ihrer Politik alles noch viel schlimmer machen. Zum notwendigen Kurswechsel in der Politik haben Neofaschisten und Rechtspopulisten nichts beizutragen. Im Gegenteil: Ein wichtiger Schritt zur Änderung und Verbesserung der Verhältnisse ist, dafür zu sorgen, dass sie aus dem Parlament und aus der Politik draußen bleiben!

Keine Rechten ins Parlament!